Pressemitteilung

Ansprechpartner in der Pressestelle:

Pascal Ausäderer
Pressereferent
Telefon 0621/1235-103
E-Mail pascal.ausaederer@zew.de

ZEW-Konjunkturerwartungen Deutschland

28,1 Punkte (-6,6 ggü. Vormonat)

ZEW-Konjunkturerwartungen Eurozone

18,5 Punkte (-7,3 ggü. Vormonat)

Konjunkturelle Lage Deutschland

-35,9 Punkte (+11,2 ggü. Vormonat)

Konjunkturelle Lage Eurozone

-14,8 Punkte (-0,9 ggü. Vormonat)

110/2026 20. Oktober 2026

ZEW-Konjunkturerwartungen

Rückgang der Konjunkturerwartungen

Nach der kontinuierlichen Verbesserung über den Sommer verschlechtern sich die Erwartungen im Oktober. Der ZEW-Index sinkt um 6,6 Punkte und beträgt nun plus 28,1 Punkte. Die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage verzeichnet dagegen erneut eine kräftige Erhöhung. Der Lageindikator für Deutschland liegt mit minus 35,9 Punkten um 11,2 Punkte über dem Vormonatswert.

„Die deutsche Wirtschaft kommt langsam aus der Stagnation heraus, doch der Aufschwung trägt sich nicht selbst. Privater Konsum und private Investitionen bleiben schwach, weil hohe Energiepreise die Realeinkommen

drücken, die Produktionskosten erhöhen und die Inflation länger auf einem höheren Niveau halten“, kommentiert ZEW-Präsident Prof. Dr. h. c. Achim Wambach, PhD die aktuellen Ergebnisse.

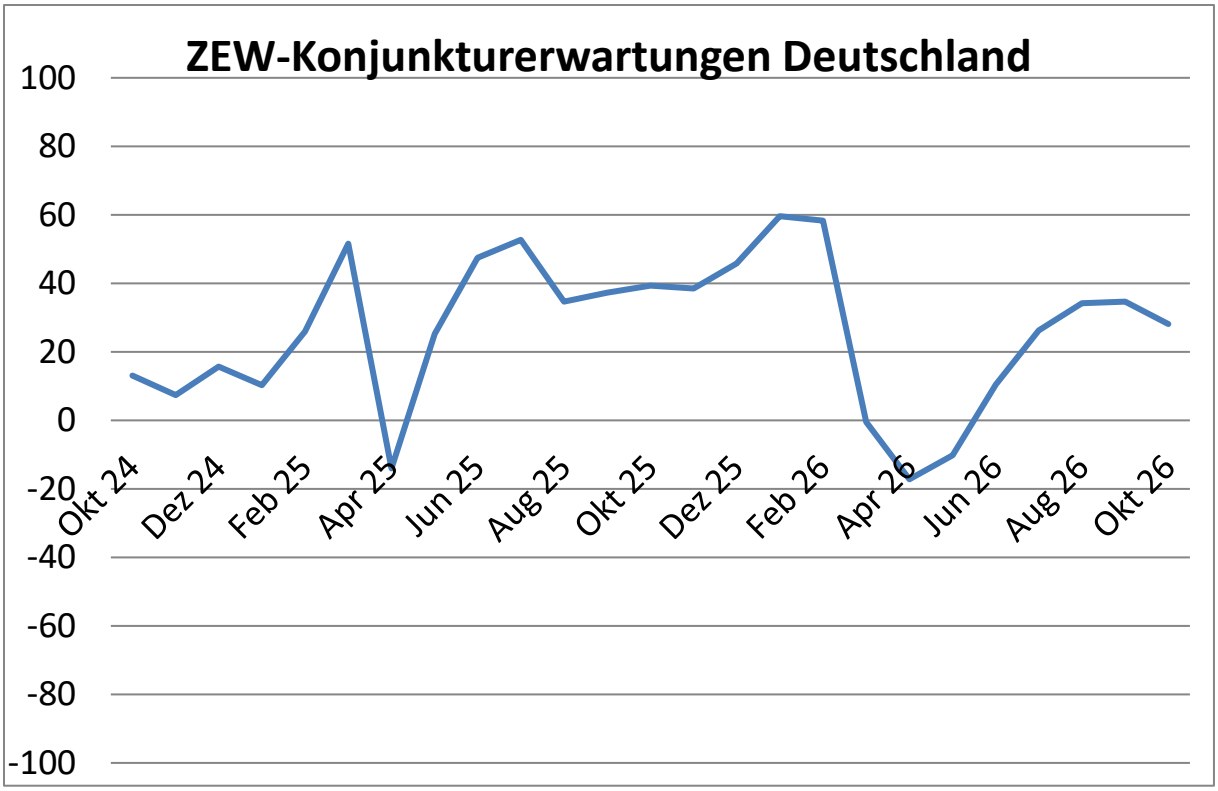
Zu Beginn des vierten Quartals zeichnet sich ein gemischtes Bild unter den einzelnen Branchen ab. Die Banken und Versicherungen, die zuletzt kräftige Anstiege verzeichnet haben, sinken im Oktober stark um minus 18,4 bzw. minus 9,0 Punkte. Mit jeweils 34,5 und 37,4 Punkten verbleiben diese dennoch deutlich im positiven Bereich. Weitere Rückgänge verzeichnen die Dienstleistungen (minus 6,8 gegenüber dem Vormonat) und Telekommunikation (minus 8,2 Punkte). Die Aussichten für den privaten Konsum verschlechtern sich. Positive Impulse zeigen die Stahl- und Metallproduktion sowie die Elektrobranche.

Die Erwartungen für die Eurozone sinken erneut im Oktober. Der Index liegt mit einem Saldo von plus 18,5 Punkten um minus 7,3 Punkte niedriger als noch im Vormonat. Die Bewertung der Lage bleibt weitgehend unverändert bei minus 14,8 Punkten (minus 0,9 Punkte gegenüber September).

Für Rückfragen zum Inhalt:

Dr. Lora Pavlova,

Telefon 0621/1235-145, E-Mail lora.pavlova@zew.de



Quelle: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

An der Umfrage im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vom 12. bis 19.10.2026 haben sich 178 Analystinnen und Analysten sowie institutionelle Anleger/innen beteiligt. Sie wurden nach ihren mittelfristigen Erwartungen bezüglich der Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung befragt. Der Indikator Konjunkturerwartungen gibt die Differenz der positiven und negativen Einschätzungen für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung auf Sicht von sechs Monaten in Deutschland wieder.

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Das ZEW in Mannheim forscht im Bereich der angewandten und politikorientierten Wirtschaftswissenschaften und stellt der nationalen und internationalen Forschung bedeutende Datensätze zur Verfügung. Das Institut unterstützt durch fundierte Beratung Politik, Unternehmen und Verwaltung auf nationaler und europäischer Ebene bei der Bewältigung wirtschaftspolitischer Herausforderungen. Zentrale Forschungsfrage des ZEW ist, wie Märkte und Institutionen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der wissensbasierten europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Durch gezielten Wissenstransfer und Weiterbildung begleitet das ZEW wirtschaftliche Veränderungsprozesse. Das ZEW wurde 1991 gegründet. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Derzeit arbeiten am ZEW rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen zwei Drittel wissenschaftlich tätig sind.

Forschungsfelder des ZEW

Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte; Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen; Digitale Ökonomie; Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik; Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik; Marktdesign; Umwelt- und Klimaökonomik; Ungleichheit und Verteilungspolitik; Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft.